

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 63 (1984)
Heft: 1

Artikel: Frage falsch gestellt : Sozialdemokraten im Bundesrat?
Autor: Herter, Martin
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340089>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Berechtigung. Ich hoffe deshalb, dass unsere Arbeitsgruppe bis zum Parteitag ein politisches Programm zur Verfügung stellen kann, das als Aktionskatalog und sozusagen als Leitplanke für unsere Regierungsbeteiligung verabschiedet werden sollte. Es dürfte kaum möglich sein, ein solches Programm ohne Unterstützung durch den Parteitag mit den Bundesratsparteien zu diskutieren. Im Gegenteil: Ich meine, dass der politische Beitrag des ausserordentlichen Parteitages Eingang finden muss in die Legislaturziele der Landesregierung.

● Der Februar-Parteitag wird sich bei aller politischen Unabhängigkeit daran erinnern müssen, dass der *SGP-Präsident Fritz Reimann* eine offizielle Anfrage der bürgerlichen Parteien für eine Kandidatur und eventuelle Wahl *sehr deutlich abgelehnt* hat, dass aber in verschiedenen Kantonen unseres Landes, so zum Beispiel auch im Kanton Bern, die Wahllisten überschrieben waren: Sozialdemokratische Partei und Gewerkschaften. Die Arbeitsgruppe hat ihre Diskussionsgrundlagen auf diese erprobte und bewährte Partnerschaft abzustimmen.

● Die Rolle der Opposition ist schwer zu definieren, und Oppositionsbänke sind hart. Das

weiss nicht nur Helmut Hubacher. In unserer Referendumsdemokratie kann das Parlament der politische Widersacher der Regierung sein. Wir sind uns dieser Tatsache wohl bewusst, handeln aber zu wenig zielstrebig. Das Problem ist mit und ohne eigene Bundesräte in der neugewählten Fraktion dringend anzugehen.

● Ein Parteitag vermag, ich bestreite dies nicht, Teile unseres Basis zu erfassen. Aber eben nur Teile. Sollte der Parteitag die 25jährige ununterbrochene Mitverantwortung in der Landesregierung verneinen, wäre diese Abkehr eben dieser Basis zum Entscheid zu unterbreiten. Eine Urabstimmung aller Mitglieder oder mindestens der Sektionen ist ernsthaft zu prüfen.

Ich befürworte die Regierungsverantwortung der SPS unter klar formulierten Voraussetzungen. Gerade weil wir eine politische Minderheit sind, sollten wir nicht ohne Not den erkämpften politischen Einfluss aufgeben.

Ich hoffe mit allen, die sich um den politischen Stellenwert unserer Partei Sorgen machen, dass es dem ausserordentlichen Parteitag gelingen möge, in sachlicher und zukunftsbezogener Diskussion die Weichen richtig zu stellen.

der bürgerliche Hofberichterstatte kurz als Wink mit dem Bumerang.

Doch das Spiel geht weiter. Die «Befriedigung», die der freisinnige Pressedienst nach dem Wahlausgang an den Tag legte, wird kaum von langer Dauer sein. Denn in den Karten des SPS-Präsidenten sind noch einige «Böcke».

Es gehörte noch nie zu den Stärken des Bürgerblocks, Wesen und Stärke der Sozialdemokratischen Partei richtig einzuschätzen. Zu sehr gehen die bürgerlichen Parteistrategen von den Erfahrungen ihrer eigenen Gremienpolitik aus. Was am 17. Dezember 1959 funktioniert hat, was am 5. Dezember 1973 gelungen ist, muss auch am 7. Dezember 1983 klappen, hiess die prinzipielle Überlegung. Dabei liessen sich die Verwalter der Macht von weiteren Erwägungen leiten. So stützten sie sich auf die SPS-Meinungsumfrage vom September 1981, wo 95 Prozent der antwortenden SP-Sektionen sich für eine Regierungsbeteiligung ausgesprochen hatten. Zudem wussten sie von der Stimmung innerhalb der SPS-Fraktion. «Die Sozialdemokratische Partei wird in der Regierung bleiben», lautete deshalb unisono ihre Einschätzung, «egal, welchen Sozialdemokraten wir auch in den Bundesrat delegieren werden.»

Diese bürgerliche Analyse wird sich als falsch erweisen. Zum einen wurde am 7. Dezember 1983 nicht einmal ein Mann der zweiten Garnitur — bezugnehmend auf das parteiinterne Wahlverfahren — gewählt. Sowohl Tschudi als Ritschard hatten 1959 und 1973 respektable Minderheiten hinter sich bringen können, Stich jedoch stand nicht einmal ernsthaft zur Diskussion. Selbst in seiner eigenen Kantonalpartei waren entsprechende Zweifel derart gross, dass die Geschäftsleitung der

Martin Herter

Frage falsch gestellt

Sozialdemokraten im Bundesrat?

Die freisinnigen Königsmacher glaubten nicht an den Trumpf in Hubachers Karten. Ihr Stich-Entscheid werde das Blatt schlussendlich wenden, hofften sie. Am Tage des Aus-Stich hat-

te es Peter Amstutz in der «Basler Zeitung» formuliert: Der präsidiale Wink mit dem Zaunpfahl, sich nicht jeden Kandidaten für den Bundesrat unterjubeln zu lassen, wertete

SP Solothurn (nicht der Parteivorstand oder eine Delegiertenversammlung!) ihn mit einer hauchdünnen Mehrheit von 8 gegen 7 Stimmen, nach endlosen Debatten, nominierte. «Mit Otto Stich ist ein Politiker gewählt worden, von welchem man kaum etwas weiss, obwohl er doch sage und schreibe 20 Jahre im Nationalrat sass. Die Farblosigkeit (der Mangel an Rot) ist denn auch seine Fähigkeit, die in erster Linie zur Wahl geführt haben dürfte», stellte denn auch Stichts eigenes Parteiblatt, die Solothurner AZ, am 8. Dezember konsequenterweise fest.

Zum andern wurde mit der Wahl Stichts eine Frau im Bundesrat verhindert. Bürgerliche Frauen mögen in ihren Parteien die Rolle einer «Quantité négligeable» spielen — die Erfahrung selbständig denkender FDP-Frauen mit ihren Parteipatriarchen legen darüber ein beredtes Zeugnis ab. In der SPS hingegen haben die Frauen Verantwortung übernommen und tragen die Partei mit. Gerade sie sind nicht bereit, den bürgerlichen «Aus-Stich» zu akzeptieren.

Danach klammerten sich die bürgerlichen Kommentatoren an die Zauberformel. «Unsere Mitwirkung in der Regierung ist keineswegs ohne Wert oder ohne Wirkung. Es ist vorteilhafter, in der Regierung zu sitzen, als im Vorzimmer auf deren Verlautbarungen zu warten», zitieren sie den ungeliebten SPS-Präsidenten Helmut Hubacher. Dabei verschweigen sie im Vorfeld des ausserordentlichen SPS-Parteitages, dass in den entsprechenden Zitaten — stammen sie nun von Helmut Hubacher, von alt Bundesrat Hans-Peter Tschudi oder von Willi Ritschard — stets von *Regierungsbeteiligung* die Rede ist. Ob aber die SPS mit Otto Stich in der Landesregierung vertreten ist, darf füglich be-

zweifelt werden. So definierte der «SP-Bundesrat» ohne SP-Stimmen gegenüber dem SP-Pressedienst sein Verständnis von Regierungsverantwortung: «Auf der anderen Seite haben natürlich jene Parlamentarier, die mich gewählt haben, eine gewisse Verpflichtung. Sie können mich schliesslich nicht gegen den Willen der Partei wählen und nachher völlig hängen lassen. Sie können das nicht und sie werden es auch nicht machen.» Und kurze Zeit später liess er — wohlwissend um die Diskussion, die ob seiner Bundesratswahl in der SPS entbrannt war — wissen, dass er Atomkraftwerke befürworte und «Kaiseraugst» einem Kohlekraftwerk Pratteln vorziehe. Wen erstaunt's also, dass angesichts solcher Positionen sich die Vertreter des Bürgertums für die Beibehaltung der Zauberformel stark machen. Solcherlei Sozialdemokraten gefährden keinerlei bürgerliche Wünsche. Sie werden im Gegenteil zum Instrument des politischen Gegners, arbeitnehmerfeindliche Anliegen — etwa den Bau von neuen Atomkraftwerken — innerhalb der SPS zum Tragen zu bringen. Doch damit wird jene seit 1959 viel beschworene Formel endgültig zum faulen Zauber.

Die Frage lautet deshalb nicht: «Regierungsbeteiligung ja oder nein?» *Vielmehr geht es darum, ob die bürgerliche Mehrheit in den Räten gewillt ist, die SPS weiterhin an der Regierungsverantwortung teilhaben zu lassen.* Mit der Wahl von Otto Stich wurde dies vom Bürgerblock klar verneint. Nicht die Sozialdemokratische Partei und ihr Präsident, sondern die neue Generation der bürgerlichen Parteistrategen, angeführt von den Managern des Zürcher Freisinns, haben die Konfrontation praktiziert. «Unter den bisherigen National- und Ständeräten, weniger unter den neu-

en, herrschte stets die Ansicht vor, dass wir *richtige* Sozialdemokraten im Bundesrat wollen und dass die SP selber wissen muss, was ein Sozialdemokrat ist», stellte der Zürcher FDP-Nationalrat Ulrich Bremi am 9. Dezember 1983 gegenüber dem «Tages-Anzeiger» fest. Staatspolitischer Grundgedanke der Zauberformel in der Referendumsdemokratie war stets: Die grossen politischen Strömungen innerhalb der Eidgenossenschaft, auch die Gegensätze von Kapital und Arbeit, in die Regierung einfließen zu lassen. Doch was während der Hochkonjunktur, als sogar bürgerliche Regierer bei expandierender Wirtschaft und vollen Staatskassen jedem jedes geben konnten, funktionierte, ist in Zeiten leerer Staatskassen, steigender Rezession und Umweltbelastung nicht mehr gefragt. Politische Kultur ist im Bürgertum nur dann opportun, wenn kurzfristige Profitinteressen nicht in Frage gestellt werden. In der Tat hätte eine Lilian Uchtenhagen einem Alfons Egli oder Rudolf Friedrich unangenehm werden können. Man denke nur an die immer lauter werdenden Rufe nach Sofortmassnahmen gegen das Waldsterben.

Somit ist dem Bürgerblock, nicht den Sozialdemokraten, die Frage gestellt: «Regierungsbeteiligung der SP, ja oder nein?». Die SPS war seit 1959 stets gewillt, ihre Regierungsverantwortung im Bundesrat zu tragen. Sie wird es auch weiter sein, unter der Bedingung allerdings, dass sie in der Regierung auch tatsächlich vertreten ist. Oder anders gefragt: Wie würde wohl die bürgerliche Parlamentariergemeinde reagieren, wenn die Landesregierung etwa aus Elisabeth Blunschy-Steiner (CVP), Hugo Wick (CVP), Gilles Petitpierre (FDP), Leni Robert (FDP), Paul Manz (SVP) und zwei Sozialdemokraten be-

stehen würde? Die Zauberformel jedenfalls wäre gewahrt. Der ausserordentliche SPS-Parteitag wird sich deshalb nicht lange mit der Frage befassen müssen, ob «eine ständige systematische Opposition dem Selbstmord gleichkomme» (alt Bundesrat Hans-Peter Tschudi). Vielmehr gilt es zu klären, wie die Regierungsverantwortung möglichst bald wieder übernommen werden kann.

Die sogenannte Erpressung

Helmut Hubacher, von bürgerlicher Seite auch als SPS-Präsident zum Abschluss freigegeben, habe die Koalitionspartner im Bundesrat durch ein Interview im «Tages-Anzeiger» bedroht, erpresst und unter Druck gesetzt. Das glauben mittlerweile sogar Genossen. Deshalb erscheint es sinnvoll, den inkriminierten Passus aus dem «Tages-Anzeiger» vom 19. November 1983 wörtlich zu zitieren:

«Wenn jemand aus unseren Reihen gewählt werden sollte, der in unseren Parteigremien (Vorwahlverfahren in Geschäftsleitung, Parteivorstand, Fraktion) nur minimale oder gar keine Stimmen gemacht hat oder gar nicht zur Diskussion stand, dann gibt es innert Kürze einen ausserordentlichen Parteitag. Und dessen Ergebnis wäre dann klar.

Die Bürgerlichen müssen sich ganz genau überlegen, welchen Weg sie einschlagen möchten: ob sie an unserer Mitarbeit in der Regierung festhalten wollen oder nicht. Ich selber bin ein Anhänger der Regierungsmitarbeit — aber nicht um jeden Preis.»

So hat die Arbeiterpresse reagiert

Thurgauer AZ

Nein, wir gratulieren nicht!

Nein, auch wenn es gegen die «guten politischen Sitten» ist, wir gratulieren Otto Stich nicht zu seiner Wahl als Bundesrat. Wir fanden die Zeit für eine Frau, für eine kompetente Frau im Bundesrat sei überreif. Und Lilian Uchtenhagen wäre genau diese Frau gewesen. Und da hätte es auch einem SP-Mann ganz gut angestanden, von vornherein zu erklären, dass er für eine Wahl nicht zur Verfügung stehe. Leere Phrasen von «auch ich bin für die Frauen» bis hin zu «die Zeit ist halt noch nicht reif», haben wir genug gehört. Das bleibt leeres Stroh, auch wenn es noch so oft gedroschen wird.

Wenn es um persönliche Karrieren geht, dann mag kaum einer zurückstehen. Denn wenn wir ehrlich sind: nicht nur die Bürgerlichen sind an der Nichtwahl Lilian Uchtenhagens schuld. Ebenso schuld sind die Genossen, die eben furchtbar gern selbst Bundesrat werden wollten — und nun (wenigstens einer davon) ihren Traum erfüllt sehen. Die Frage, welche Konsequenzen die SP daraus ziehen soll, dass sie keinen Einfluss darauf hat, wer «ihr» Bundesrat wird, ist noch nicht beantwortet.

Klar ist, dass die SP nie einen bürgerlichen Bundesrats-Kandidaten zu Fall bringen kann, die Bürgerlichen aber immer die Kandidaten der SP, wenn diese ihnen nicht in den Kram passen.

Wie aber will eine SP glaubhaft ihre Politik in der Regierung vertreten, wenn nicht die in die

Regierung kommen, die diese Politik auch wirklich glaubhaft vertreten wollen?

Im Zusammenhang mit dem neuen Parteiprogramm war auch danach gefragt worden, wie man's denn mit der Regierungsbeteiligung halten wolle. Die überwältigende Mehrheit der Sektionen wollten in der Regierung bleiben, weiterhin an der Macht teilhaben. Aber vielleicht sollte man sich doch einmal fragen, ob man wirklich an der Macht teilhat oder ob man sich nicht nur als Alibi missbrauchen lässt.

Schwierig wird es werden, wenn die SP begründen will, warum sie Regierungsentscheide mitträgt, die ihren eigenen Zielen völlig entgegenlaufen, z.B. wenn es um den Bau des AKW's in Kaiseraugst geht, wenn es um Umweltschutz geht. Es geht um die Glaubwürdigkeit der Partei.

Lieselotte Schiesser
Enrico Berchtold

Solothurner AZ

Verschaukelt

Die SP ist verschaukelt worden. Erneut hat ein Solothurner, der der SP angehört, dafür herhalten müssen, einen unliebsamen Kandidaten zu verhindern. Die Nichtwahl Lilian Uchtenhagens aber als Machtdemonstration einer Männerherrschaft abtun zu wollen, wäre falsch. Die Macht, die da demonstriert wurde, ist viel stärker. Es ist die Macht eines Bürgertums, das seinem «Partner» in der Regierung die Entscheidungskompetenz entzieht. Hätte Lilian Uch-